

Rheingauer Bote.

Rüdesheimer Zeitung.



Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

42. Jahrgang.

Nr. 131

Erscheint wöchentlich dreimal (Montag, Mittwoch, Freitag). Bezugspreis vierteljährlich M. 1.70 ohne und M. 2.00 mit illust. Sonntagsblatt. Auswärts mit betr. Postaufschlag. Telefon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.
Mittwoch, den 6. November

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile 12 Pfg., für auswärts 20 Pfg., Reklamenzeile 50 Pfg.; bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Rabatt. Druck und Verlag von A. Reier in Rüdesheim.

1918.

Der deutsche Generalstab meldet:

Großes Hauptquartier, 4. Nov. (H. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Vorfeldkämpfe vor unseren neuen Linien südlich von Genl. Wir stehen hier am Kanal und am Westrande der Stadt in Gefechtsstellung mit dem Gegner. Westlich von Valenciennes haben wir unsere Front vom Gegner etwas abgelenkt. Der Feind stand am Abend bei Dunaing-Genlain-Sillerpösch. Westwärts von Le Quesnoy und La Housie geschlagener Artilleriekampf. Westlich von Landreies wiesen wir erneute Angriffe des Feindes im Gegenstoß ab.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz und Gallwitz. Zwischen Duse und Aisne lebte die Artillerietätigkeit am Abend auf; so nördlich von Guise und bei Vauquois, hier in Verbindung mit erfolglosen Teilangriffen des Gegners von größerer Heftigkeit. Im Anschluß an die gestern gemeldete Zurückverlegung unserer Front südlich der Aisne nahmen wir auch westlich der Maas unsere Linien etwas zurück. Vorfeldkämpfe südlich von Verchesne und bei Verrieres. Starke Angriffe der Amerikaner zwischen Sommanthe und Belval brachten wir im Walde südlich von Belval zum Stehen. Auf dem östlichen Maasufer scheiterten heftige Teilangriffe, zwischen Maas und Mosel mehrfache Vorstöße des Gegners. Westlich der Mosel führten wir kleine, aus den letzten Kämpfen noch in Feindeshand gebliebene Grabenwerke.

Abendbericht

Berlin, 4. Nov. (H. B. Amtlich.) Gewaltiges Ringen auf dem Felde der Duse. Der von Engländern und Franzosen auf mehr als 16 Kilometer breiter Front erneut erhaltene Durchbruch wurde vereitelt. Zwischen Le Quesnoy und Landreies gingen Kämpfe den Feind zum Stehen. Westlich der Maas haben sich im Walde von Dinelet Kämpfe entwickelt.

Großes Hauptquartier, 5. Nov. (H. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Zwischen Schelde und Maas haben Engländer und Franzosen ihre großen Angriffe wieder aufgenommen. Durch gewaltigen Einsatz an Artillerie und Panzerwagen suchten sie den Durchbruch auf der mehr als 60 Kilometer breiten Front zu erzwingen. In schwerem, bis in die Dunkelheit währendem Ringen gelang es unseren an Zahl weit unterlegenen Truppen, den feindlichen Angriff aufzuhalten und den Durchbruch zu verhindern. Südlich der von Valenciennes nach Nordosten führenden Straße wiesen wir den Feind vor unseren Linien ab. Die gegen unsere neue Front Sebaatz-Marquies-Le Grand gerichteten Angriffe wurden durch erfolgreiche Gegenstöße auf den Höhen östlich dieser Linie zum Scheitern gebracht. Marquies-Le Petit, das vorübergehend in Feindeshand fiel, nahmen wir wieder. Den bei Verchesne von Lequesnois vorbereiteten Angriff brachten wir südlich von Marquies-Le Petit und bei Jolimetz zum Stehen. Lequesnois, durch beiderseitige Umfassung bedroht, wurde beschlössig geräumt. Der gegen den Wald von Mormal gerichtete Ansturm des Gegners kam in dem westlichen Teile des Waldes zum Stehen. Auch südlich des Waldes wurde der Feind am Vormittag bis hinter unsere vordersten Linien auf die Höhen westlich des Sambre-Duse-Kanals abgewiesen. Am Nachmittag lebte der Gegner seine Angriffe fort. Ihr Schwerpunkt lag nördlich und südlich des Waldes. Nördlich des Waldes gingen wir den Feind südlich von Avelin, südlich des Waldes am Sambre-Duse-Kanal auf. Der Kanalabschnitt östlich von Tris und Catillon wurde gegen alle feindlichen Anstürme behauptet. Südlich von Catillon sich der Feind in etwa 1 bis 2 Kilometer Tiefe über den Kanal vor. Hier brachten ihn an der Straße La Croix-Dijon nördliche Kampftruppen zum Stehen. Vor der Kanalfront zwischen Fresny und nördlich von Etreux brachen alle Angriffe des Feindes zusammen. Zwischen Etreux und der Duse konnte er an einzelnen Stellen das östliche Ufer gewinnen. Auch hier gelang es ihm nicht, über unsere vorder-

Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk.

Berlin, 4. Nov. (H. B. Amtlich.)

An das deutsche Volk!

Die Not der Zeit lastet auf der Welt und auf dem deutschen Volk. Wir müssen diese schweren Tage und ihre Folgen überwinden. Heute schon müssen wir arbeiten für die glücklicheren Zeiten, auf die das deutsche Volk ein Anrecht hat. Die neue Regierung ist am Werke, diese Arbeit zu leisten. Wichtiges ist erreicht:

Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert. — Eine neue Regierung hat sich aus den Vertretern der Mehrheitsparteien gebildet. — Der Reichskanzler und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstages und damit des Volkes. — Grundlegende Rechte sind von der Person des Kaisers auf die Volksvertretung übertragen worden. — Kriegserklärung und Friedensschluß unterliegen der Genehmigung des Reichstages. — Die Unterstellung der Militärverwaltung unter den verantwortlichen Reichskanzler ist durchgeführt. — Eine weitgehende Amnestie wurde erlassen. — Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit sind gewährleistet. Doch vieles bleibt noch zu tun. — Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staat der Welt zurückstehen soll, wird entschlossen weitergeführt. — Die Neugestaltung kann ihre befreiende und heilende Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in den Verwaltungs- und Militärbehörden findet, der ihren Zweck erkennt und fördert. Wir erwarten von unseren Volksgenossen, die in amtlicher Stellung dem Gemeinwesen zu dienen berufen sind, daß sie unsere willigen Mitarbeiter sein werden. — Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des Reiches die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch das Volk selbst. Wir haben Vertrauen zu dem deutschen Volke. Es hat sich in vier furchtbaren Kriegsjahren glänzend bewährt. Es wird sich nicht von Phantasien sinnlos und nutzlos in neues Elend und Verderben hineintreiben lassen. — Selbstsucht und Ordnung tun not. Jede Disziplinlosigkeit nach den Absicht eines baldigen Friedens

auf das schwerste gefährden. — Die Regierung und mit ihr die Leitung von Meer und Flotte wollen den Frieden. Sie wollen einen ehrlichen, und sie wollen ihn bald. Bis dahin müssen wir die Grenzen vor dem Einbruch des Feindes schützen. — Den seit Wochen in harten Kämpfen stehenden Truppen muß durch Ablösung Ruhe geschaffen werden. Nur zu diesem Zwecke, aus keinem anderen Grunde sind die Einberufungen der letzten Zeit durchgeführt worden. — Den Mannschaften des Landheeres und der Flotte wie ihren Führern gebührt unser besonderer Dank; durch ihren Tapfermut und ihre Manneszucht haben sie das Vaterland gerettet. — Zu den wichtigsten Aufgaben gehört der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, damit die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und Matrosen in geordneten Verhältnissen die Möglichkeit vorfinden, ihre und ihrer Familie Existenz wieder zu sichern. Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereit erklärt, ihre früheren, jetzt eingezogenen Angestellten und Arbeiter sofort wieder einzustellen. Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge und andere Maßnahmen auf diesem Gebiet sind teils in Vorbereitung, teils schon ausgeführt. Mit dem Friedensschluß wird sich bald eine Besserung der Ernährung sowie aller Lebensverhältnisse einstellen.

Deutsche Männer und Frauen! Kampf und Friede sind unsere gemeinsame Aufgabe. Staat und Reich sind unsere gemeinsame Zukunft. Euer Vertrauen, das uns unerlässlich ist, in der Stunde der Gefahr, ist in Wahrheit nichts anderes als das Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Die gesicherte Zukunft Deutschlands ist unser Leitstern.

Berlin, den 4. November 1918.

Der Reichskanzler Max Baumbach von Baden, der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Papen, der Vizepräsident des Reichsstaatsministeriums Dr. Friedberg, die Staatssekretäre: Dr. Solz, Graf v. Rößern, Dr. v. Krause, Rüßlin, v. Walbow, Febr. v. Stein, Scheidemann, Gröber, Erzberger, Kaufmann, Bauer, Trimborn, der Staatssekretär des Reichsmarineamts Ritter v. Maun, der Kriegsminister Scheuch.

ten Linien hinaus vorzudringen. Südlich der Duse sind dem starken Artilleriefeuer, das sich am frühen Morgen bis zur Sonne ausdehnte, heftige Angriffe südlich von Guise, bei La Horie und gegen Bois le Vasseur gefolgt. Der Feind wurde überall, teilweise im Gegenstoß abgewiesen. An der Aisnefront keine Kampfhandlungen. Zwischen Le Quesnoy und Sommanthe scheiterten Teilvorstöße des Gegners. Südlich von Beaumont wiesen wir heftige Angriffe der Amerikaner ab. Im Walde von Dinelet wichen unsere Truppen befehlsgemäß auf das östliche Maasufer nördlich von Stenay aus. Südlich von Dun wurden feindliche Abteilungen, die über die Maas vorstießen, auf den Fluß zurückgeworfen. Auf den Höhen östlich der Maas führten wir starke Angriffe, westlich der Maas Teilvorstöße der Amerikaner.

Abendbericht

Berlin, 5. Nov. (H. B. Amtlich.) An der geistigen Schlachtfeldfront zwischen Schelde und Duse haben wir uns vom Gegner abgelenkt. Die Bewegungen sind planmäßig verlaufen. Heute fanden hier nur Einzelkämpfe statt.

Die Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Berlin, 4. Nov. Die jetzt täglich wiederkehrenden Gerüchte, daß die Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland eingegangen seien, sind unbegründet. Man nimmt in politischen Kreisen an, daß sie jedenfalls erst nach dem 5. November mitgeteilt werden, und zwar, weil Wilson die Senatswahlen, die an diesem Tage stattfinden, noch abwarten will, um, je nachdem diese Wahlen für ihn günstig oder ungünstig ausfallen, seine Ansichten über die Waffenstillstands-

und Friedensbedingungen mit mehr oder weniger Nachdruck zur Geltung zu bringen. Denn daß über diese wichtige Frage zwischen den Anschauungen Wilsons und denen der Entente-Staatsmänner Meinungsverschiedenheiten bestehen, unterliegt keinem Zweifel. — Es verlohnt sich übrigens, daß für die Abmachungen über diesen Waffenstillstand bereits eine Kommission ernannt ist, der angehören werden General von Gündell, der militärische Delegierte auf der Haager Friedenskonferenz, General von Winterfeldt, der mehrere Jahre in Paris Militärattaché war, ferner Admiral Meurer und der frühere Staatssekretär Admiral von Dönhof.

Berlin, 4. Nov. Der bayerische Ministerpräsident v. Dandl ist in Berlin eingetroffen, um mit den hiesigen maßgebenden Stellen der Reichsregierung über die Folgen zu beraten, die sich aus den Österreich-Ungarn auferlegten Waffenstillstandsbedingungen namentlich für Süddeutschland ergeben können. Militärische Vorkehrungen unsererseits sind bereits getroffen.

Haag, 5. Nov. Das holländische Neuweltbureau meldet aus London: Im Unterhause teilte Lord George mit, daß die Alliierten den Präsidenten Wilson ersucht haben, er möge Deutschland mitteilen, daß es sich, falls es die Waffenstillstandsbedingungen, über die sich die Alliierten geeinigt haben, hören wolle, in üblicher Weise an den Marshall noch wenden müsse.

Die „Times“ berichtet aus Paris: Die Alliierten sind über die Waffenstillstandsbedingungen zur Übereinkunft gekommen. Der Erfolg der Alliierten an der französischen Front läßt keinen Zweifel darüber, daß Deutschland die Bedingungen annehmen muß.

Bern, 5. Nov. Die französischen Blätter beschäftigen sich heute mit den Waffenstillstandsbedin-

gungen für Deutschland. Looner Blätter verlangen außer der Räumung des Rheinufer 50 Kilometer östlich des Rheins, die Kontrolle über sämtliche deutsche Eisenbahnen und die Auslieferung der ganzen deutschen Kriegs- und Handelsflotte. Sie betonen mit Nachdruck, daß die Alliierten ihre Kriegsschadigungen werden zu formulieren wissen. Für Frankreich allein sollen 150 Milliarden abfallen.

Abbruch der deutsch-russischen Beziehungen.

Berlin, 5. Nov. Seit längerer Zeit liefen Fäden der in Deutschland unternommenen bolschewistischen Agitation in der russischen Botschaft zusammen. Bestimmte Beweise dafür waren bis jetzt schwer zu erbringen. Nunmehr aber ist es festgestellt worden, daß von Moskau aus revolutionäres Agitationsmaterial an die russische Botschaft in Berlin zur Weiterverbreitung in Deutschland geschickt wird. Gestern abend ist ein für die russische Botschaft in Berlin bestimmter Kurier der Sowjetregierung auf dem Bahnhof Friedrichstraße eingetroffen. Beim Heruntertragen des Gepäcks stürzte eine Kiste auf die Treppe und wurde beschädigt. Dabei fielen eine ganze Masse in deutscher Sprache abgedruckte Flugblätter heraus, in denen die deutschen Arbeiter und Soldaten zum blutigen Aufstand aufgefordert werden. Eines dieser Flugblätter enthält den Aufruf zum revolutionären Kampf. Ein zweites Flugblatt gibt Anweisung für diesen Kampf und empfiehlt den Mordmord und Terror. Auf Ersuchen der Bahnbehörde wurde daraufhin das gesamte Gepäck des Kuriers der Sowjetregierung beschlagnahmt und zur Untersuchung gebracht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dieses Vorgehen der russischen Regierung den völkerrechtlichen Grundsätzen auf das Entschiedenste widerspricht, und es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß gegen diese Art der revolutionären Propaganda der russischen Regierung in Deutschland mit Hilfe der Kuriers der Sowjetregierung eingeschritten werden wird.

Berlin, 5. Nov. (W. B.) Die deutsche Regierung verlangte von der russischen Regierung Bürgschaften dafür, daß in Zukunft von ihren Organen keinerlei revolutionäre Agitation und Propaganda gegen die staatlichen Einrichtungen in Deutschland betrieben werden, und daß der noch immer ungeklärte Mord an dem Gesandten Grafen Mirbach eine ausreichende Sühne findet. Die russische Regierung wurde ersucht, bis zur Erfüllung dieser Forderungen ihre sämtlichen Vertreter aus Deutschland zurückzuziehen. Ebenso wurden die deutschen amtlichen Vertreter in Rußland abberufen.

Oesterreich-Ungarn u. der Waffenstillstand.

Wien, 4. Nov. (W. B.) Das Präsidium des deutsch-österreichischen Staatsrats verlaßt folgende Mitteilungen: Der Staatsrat faßte in seiner heutigen Sitzung folgenden Beschluß: Der Staatsrat hat die Mitteilung des Armeekommandos entgegengenommen, daß sich das Armeekommando infolge der vollständigen Auflösung der Armee gezwungen gesehen hat, sich den Bedingungen des Siegers zu unterwerfen. Deutsch-Oesterreich hat keine eigene Armee. Seine Truppenkörper sind Verbänden zugeteilt, deren slawisch-magyarische Mehrheit nicht mehr kämpfen will. Daher ist Deutsch-Oesterreich nicht imstande, den Kampf allein fortzusetzen. Aber wenn auch Deutsch-Oesterreich den Kampf an der Seite des Deutschen Reiches nicht allein fortsetzen kann, steht es doch nach wie vor in treuer Freundschaft zum Deutschen Reich und will die Friedensverhandlungen in engstem Einvernehmen mit dem Deutschen Reich führen. Es hält an der Hoffnung fest, daß aus dem Zusammenbruch Oesterreich-Ungarns eine staatliche Ordnung hervorgehen wird, welche eine lange dauernde Gemeinschaft des Deutschen Reiches und Deutsch-Oesterreichs begründet wird. Der Staatsrat erklärt schließlich, daß er die deutschen Südtirols, deren Befestigung durch Italien er nicht verhindern kann, als einen untrennbaren Bestandteil des deutsch-österreichischen Staats betrachtet, und daß die vorübergehende Okkupation dieser Gebiete das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Südtirols nicht aufheben kann.

Wien, 5. Nov. Die Erbitterung über die Waffenstillstandsbedingungen ist im Steigen begriffen. Sie beschränkt sich aber nicht auf die Deutschen, sondern hat auch die Südslawen ergriffen, die jetzt toben und an die Front verlangen, um alle Italiener umzubringen. Jetzt kommt aber ihre Erbitterung zu spät. Es wäre klüger gewesen, die südslawischen Heere hätten sich weniger auf ihre Freunde bei der Entente verlassen und die Front gehalten, statt durch ihren Abfall die Kapitulation Oesterreichs mit herbeizuführen. Wenn aber Wilson noch irgendwelchen Einfluß in der Entente hat, so möge er sich seines Prinzips der Selbstbestimmung der Völker jetzt erinnern und verhindern, daß die Waffenstillstandsbedingungen, die auch die des Präliminarfriedens sein sollen, nicht in den definitiven Frieden übernommen werden. Dann wäre kein Friede in Europa. Auch die Italiener würden ihrer Beute nicht froh werden. Es ist ihnen bisher in Oesterreich nicht gelungen, in den gemischtsprachigen

Gebieten der Slawen Herr zu werden. Sie können es auch in Zukunft nicht und werden vom ersten Tage an mit einer wilden Frenetika zu rechnen haben. Noch schlimmer ist es freilich mit dem deutschen Teil Südtirols. Man muß den grenzenlosen Haß gegen die italienische Eroberungsjucht kennen, um zu verstehen, daß in diesem Gebiet der Kampf bis aufs Messer entbrennen wird, der früher oder auch später wieder die Nationen in Mitleidenschaft ziehen muß. Wer noch irgendwelche Hoffnungen auf einen kommenden Völkerbund und einen dauernden Frieden setzt, muß alles aufbieten, damit nicht der Keim zu einer neuen Todfeindschaft jetzt schon gelegt werde.

Budapest, 4. Nov. (W. B.) Der „Pester Lloyd“ meldet aus Keszmet: Hier kam es gestern nach friedlichen Kundgebungen zu größeren Ausschreitungen des Pöbels, der zu rauben und plündern begann. Abends erschien eine größere Menge vor dem Gefängnis und forderte den Staatsanwalt auf, die Sträflinge freizugeben. Da sich im Gefängnis nur gewöhnliche Verbrecher befanden, lehnte der Staatsanwalt ab, die Sträflinge freizugeben. Darauf wurden mehrere Revolvergeschosse abgefeuert. Der Staatsanwalt brach tot zusammen. Im Laufe der Nacht gelang es, einigermaßen die Ruhe wieder herzustellen. Hier auf wurde festgestellt, daß mehrere Häuser geplündert und angezündet waren. Auch in zwei benachbarten Gemeinden kamen Plünderungen und Raubfälle vor. Der Oberhauptmann des Pester Komitats erhielt die Meldung, daß in Martirsa, Nagelata und Verebanbaza der Pöbel raubt und brandstiftet. Es wurde die Entsendung von Polizeimannschaften nach den gefährdeten Ortschaften verfügt.

Rotterdam, 4. Nov. Die „Londoner Morningpost“ bringt am Sonntag die erste drahtlose Depesche aus Prag, wonach der tschechische Nationalrat den Eintritt in das Bündnis der Alliierten beschlossen hat.

Der „Temps“ meldet: In der großen Kriegskonferenz, die am Samstag stattfand, wurde der Eintritt des neuen tschechischen Staates in die Reihen der Alliierten mitgeteilt. Der tschechische Bevollmächtigte nahm zum ersten Male an den Verhandlungen teil.

Prag, 4. Nov. In Austerlitz haben gestern Plünderungen der Geschäfte durch die armen Völkchen und Arbeiter begonnen und dauern an. Es ist der Bürgerwehr schließlich gelungen, die übrigen zahlreichen Geschäfte vor Plünderungen zu bewahren. Der Bezirksausschuß erteilte eine Kundgebung, mit der Aufforderung, die Ruhe und Ordnung zu bewahren, da sonst zur Verhängung des Belagerungszustandes geschritten werden müßte. Theater und Kinos sind geschlossen.

Prag, 5. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Tschechoslowakisches Pressebureau. Der tschechoslowakische Nationalausschuß schreibt heute eine Milliarden-Anleihe für den tschechoslowakischen Staat aus. Die Anleihe ist vierprozentig und in vier Jahren rückzahlbar. Sie heißt „Anleihe der nationalen Freiheit“.

Ein Friedensschritt Rußlands

Sankt Petersburg, 5. Nov. Nach einem Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur aus Moskau vom 4. November übergab der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, gestern den neutralen Konsuln folgende Erklärung: „Zwecks einer durch deren Regierungen zu bewirkenden Ueberreichung an die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und der Vereinigten Staaten: „Ihren Wunsch folgend, den bewaffneten Konflikt zwischen den russischen Truppen und denen dieser Mächte ein Ende zu machen, schlägt die russische Regierung vor, Verhandlungen zwecks Beendigung dieses Konfliktes einzuleiten und fragt demgemäß an, wann und wo Verhandlungen stattfinden könnten.“ — Der Versuch Rußlands, in den Rahmen der jetzt kommenden Friedensverhandlungen einzutreten, ist nach dem „Vorwärts“ jedenfalls ein Schritt politischer Klugheit, dem nicht nur als Akt des Willens zur Menschlichkeit Bedeutung anzuerkennen ist. Die Sowjetregierung muß sich freilich klar sein, daß als Antwort aus dem Lager ihrer Feinde nicht nur die Forderung der militärischen Kapitulation zu erwarten ist. Auch die politische Kapitulation wird gefordert werden, und es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß es geschehen wird.

Die Unterwerfung der Türkei.

London, 1. Nov. (W. B.) Reuter. Der mit der Türkei abgeschlossene Waffenstillstand enthält folgende Bedingungen:

1. Öffnung der Dardanellen und des Bosporus und freier Zugang zum Schwarzen Meer. Besetzung der Forts in den Dardanellen und im Bosporus durch verbündete Truppen.

2. Die Lage aller Minenfelder, Torpedobasier, vorrichtungen und anderer Sperrmittel in den türkischen Gewässern wird mitgeteilt und bei ihrer Zerstörung oder Beseitigung Bestand geleistet.

3. Alle verfügbaren Informationen über Minen im Schwarzen Meer sind mitzuteilen.

4. Alle alliierten Kriegsgefangenen und Internierten sowie die gefangenen Armenier sind in Konstantinopel zu versammeln und bedingungslos den Alliierten zu übergeben.

5. Sofortige Demobilisierung der türkischen Armee mit Ausnahme solcher Truppen, die für die

Bewachung der Grenze und für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erforderlich sind. Der Effektivebestand des Heeres und seine Verteilung werden später von den Alliierten nach vorheriger Beratung mit der türkischen Regierung festgelegt.

6. Auslieferung aller Kriegsschiffe, die sich in den türkischen Gewässern befinden. Diese Schiffe sind in von der Entente bezeichneten türkischen oder in anderen Häfen zu internieren, mit Ausnahme solcher kleineren Fahrzeuge, die für den Polizeidienst und ähnliche Zwecke in den türkischen Hoheitsgewässern notwendig sind.

7. Die Alliierten erhalten das Recht, alle strategischen Punkte zu besetzen, falls eine Lage entsteht, die die Sicherheit der Alliierten bedroht.

8. Allen alliierten Schiffen stehen sämtliche Häfen und Ankerplätze, die augenblicklich in türkischen Händen sind zur freien Verfügung. Feindlichen Schiffen ist ein derartiger Gebrauch zu verweigern. Ähnliche Bedingungen sind auf die Demobilisierung der Armee anzuwenden.

9. Alle Schiffsreparaturvorrichtungen in sämtlichen türkischen Häfen und Arsenalen werden zur Verfügung gestellt.

10. Die Alliierten besetzen im Taurus die Tunnelanlagen.

11. Die unverzügliche Zurückziehung der türkischen Truppen aus Nordwest-Perien bis hinter die vor dem Kriege gültige Grenze ist bereits befohlen worden und wird ausgeführt werden. Die Räumung eines Teiles des Kaukasus durch die türkischen Truppen ist bereits befohlen worden. Der Rest ist zu räumen, wenn es von den Alliierten gefordert wird, nachdem sie zuvor die dortige Lage geprüft haben.

12. Drahtlose Telegramme und die Kabelstationen kommen unter die Kontrolle der Alliierten außer für türkische Regierungstelegramme.

13. Der Türkei wird verboten, irgendwelches Marine-, Militär- und Handelsmaterial zu zerstören.

14. Erleichterungen werden für den Anlauf von Kohle, Öl, Brennstoffen und Schiffsmaterial, die türkischer Produktion sind, gewährt, nachdem zuvor die Bedürfnisse des Landes befriedigt sind. Nichts von dem oben erwähnten Material darf exportiert werden.

15. Alle Bahnen sind unter die Kontrolle alliierter Offiziere zu stellen, einschließlich der transkaukasischen Eisenbahnen, die augenblicklich unter türkischer Herrschaft sind, und die zur freien und vollständigen Verfügung der alliierten Behörden zu stellen sind, wobei den Bedürfnissen der Bevölkerung in angemessener Weise Rechnung getragen wird. Diese Bestimmung schließt die Befestigung von Batum durch die Alliierten in sich. Die Türkei wird keinen Einspruch gegen die Befestigung von Batum durch die Alliierten erheben.

16. Auslieferung aller Garnisonen im Gebirge, Assyrien, Yemen, Syrien und Mesopotamien an den nächsten verbündeten Kommandanten und Zurückziehung der Truppen aus Cilicia mit Ausnahme derjenigen, die notwendig sind, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

17. Auslieferung aller türkischen Offiziere in Tripolis und der Cyrenaika an die nächsten italienischen Garnisonen. Die Türkei verpflichtet sich, die Versorgung dieser Offiziere und jede Verbindung mit ihnen einzustellen, sollten sie dem Befehl, sich zu ergeben, nicht Folge leisten.

18. Alle Häfen in Tripolis und der Cyrenaika einschließlich Misurata müssen der nächsten verbündeten Garnison ausgeliefert werden.

19. Alle deutschen und österreichischen Marine-, Militär- und Zivilpersonen müssen innerhalb eines Monats aus den türkischen Gebieten entfernt werden. Die in entfernteren Distrikten befindlichen Personen müssen so schnell wie möglich abgeschoben werden.

20. Die Türkei verpflichtet sich, den Anordnungen nachzukommen, die Bestimmungen über Ausrüstungen, Waffen- und Munitionsvorräte betreffen, einschließlich des Transportes desjenigen Teiles des türkischen Heeres, das nach Punkt 5 zu demobilisieren ist.

21. Ein Vertreter der Verbündeten wird dem türkischen Versorgungsministerium beigegeben, um die Interessen der Verbündeten wahrzunehmen. Derselbe Vertreter werden die dazu nötigen Vollmachten gegeben werden.

22. Die türkischen Kriegsgefangenen stehen zur weiteren Verfügung der verbündeten Mächte. Die Entlassung der türkischen Zivilgefangenen und solcher Gefangener, die das militärische Alter überschritten haben, wird in Erwägung gezogen.

23. Die Türkei verpflichtet sich, alle Beziehungen zu den Mittelmächten aufzugeben.

24. Für den Fall, daß sich in den sechs armenischen Wilajets Unordnungen zeigen, behalten sich die Verbündeten das Recht vor, irgend einen Teil dieser Wilajets zu besetzen.

terhal- 25. Die Feindseligkeiten zwischen den Verbün-
Der g wer- den und der Türkei hören am Donnerstag, den
er Be. 31. Oktober, um 12 Uhr mittags, auf.

Politische Rundschau.

lich in Schiffe
en oder
nahme
dienst
zeitig

irato-
ntsteht,
e Häfen
Händen
ffen ist
ynliche
Armee

samt.
en zur
Tunnel-
türk-
ter die
efohlen
Räu-
türk-
Der
ten ge-
e Lage

delstati-
außer
welches
köhren.
uf von
al, die
zuor
Nichts
portiert

le all-
trans-
r türk-
d voll-
en zu
erung
Diese
durch
n Ein-
e All-

bschas,
an den
Bürsch-
nahme
rdnung

ere in
n ita-
et sich,
indung
sich zu
renaisa
verbün-

latines,
o eines
werden.
ersonen
rden.
Anord-
Aus-
treffen,
es des
mobili-

o dem
a, um
Die
achten

en zur
Die
solcher
ritten
hungen

arnier
en sich
a Teil

25. Die Feindseligkeiten zwischen den Verbün-
den und der Türkei hören am Donnerstag, den
31. Oktober, um 12 Uhr mittags, auf.

Berlin, 4. Nov. (B. S.) Der Präsident des
preussischen Abgeordnetenhauses, Graf v. Schwe-
ben-Lowitz, ist heute nachmittag 1 Uhr in seiner
Wohnung in Berlin seinem Leiden er-
legen.

Berlin, 31. Okt. Im Reichstagsausschuß für
Handel und Gewerbe teilte Unterstaatssekretär Dr.
Müller vom Reichswirtschaftsamt mit, daß eine
Kommission für Demobilisierung der Arbeiterschaft
berufen worden ist. Sie besteht aus etwa 40 Mit-
gliedern. Diese Kommission hat einen neugliedrigen
Ausschuß eingesetzt, der die erforderlichen Maßnahmen
schnell vorbereiten soll. Die Entlassung der Heeres-
angehörigen wird so erfolgen, daß der Wiederaufbau
des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens möglichst
schnell erfolgen kann. Schon vor längerer Zeit
haben die Militärbehörden und die übrigen beteiligten
stellen den grundlegenden Plan ausgearbeitet. Eine
Einfachung und Verkürzung des Entlassungsver-
fahrens wird angestrebt. Rüstungsarbeiter sollen
nach Möglichkeit weiter beschäftigt werden. Die
Arbeitslosenunterstützung wird vorbereitet, ebenso
eine Erwerbslosenunterstützung. Rückständige öffentliche
Arbeiten sollen dann sofort vergeben, neue Arbeiten
in Angriff genommen werden. In erster Linie dürften
bei der Demobilisierung Betriebsunternehmer, Werk-
meister, Land-, Berg- und Transportarbeiter ent-
lassen werden, und es soll vorgesorgt werden, daß
Landwirte, Gewerbetreibenden und Unternehmer
die Arbeitskräfte namentlich anfordern und möglichst
schnell erhalten können.

Berlin, 4. Nov. Bei der Demobilisierung des
Heeres und des Heimatheeres, wird dafür gesorgt
werden, daß kein ausländischer Arbeiter dem deutschen
Arbeiter Arbeit und Brod entzieht. Zurzeit arbeiten
in Deutschland etwa 60 000 belgische und holländische
Arbeiter. Viel wichtiger ist die Anzahl der Polen
in der deutschen Wirtschaft. Neben den 300 000
Nationalarbeitern, die bei Kriegsbeginn in Deutschland
verbannten waren und nicht mehr in die Heimat zu-
rückkehrten, wurden 400 000 Arbeiter neu geworben.

Berlin, 4. Nov. Heute, Montag, fand im
Reichswirtschaftsamt eine Konferenz mit den Vertretern
sämtlichen Gewerkschaften statt, in welcher Unter-
staatssekretär August Müller über die geplante
Demobilisierungsordnung Bericht erstattete und die
Gewerkschaftsvertreter der Regierung Anregungen
gaben.

Die Luftangriffe auf das Heimatgebiet.

Berlin, 2. Nov. Ueber einen deutschen Vor-
schlag zur Einstellung der Luftangriffe hinter der
Front heißt es in der „Norddeutschen Allgemeinen
Zeitung“ halbamtlich: Die deutsche Regierung hat
aus Gründen der Menschlichkeit, und um wichtige
Kulturgüter auf beiden Seiten zu erhalten, den anderen
Kriegführenden durch Vermittlung der schweizerischen
Regierung vorgeschlagen, Luftangriffe hinter dem
Operationsgebiet künftighin gegenseitig zu unterlassen.
Die deutschen Luftstreitkräfte haben schon Anfang
November entsprechenden Befehl erhalten. Trotzdem
haben die Gegner noch in jüngster Zeit gegen eine
Anzahl deutscher Städte Bombenangriffe unternommen,
die zahlreiche Opfer unter der bürgerlichen Bevölkerung
verursacht haben.

Berlin, 1. Nov. (B. T. S.) Unsere Gegner
haben fort, friedliche Städte des Heimatlandes
mit Bomben zu beslegen. In der Nacht vom 23.
zum 24. Oktober erschienen zweimal feindliche
Flieger über Wiesbaden und warfen planlos
Bomben mitten in die Stadt. Dabei weiß der
Gegner ganz genau, daß der bekannte Kurort, wo
Tausende von Verwundeten und Kranken Genesung
suchen, überhaupt keine kriegswichtigen Werke und
Anlagen beherbergt. Der Angriff hat unter der
Bevölkerung zwölf Todesopfer gefordert. Daß
solche Rohheiten im Sinne der französischen Nation
folgen, ergibt die Meldung, wonach das fran-
zösische Geschwader, das am Fronleichnamstag
1918 in Karlsruhe Hunderte von unschuldigen
Kindern ermordete oder verstümmelte, zur Ver-
urteilung dieser Tat eine Fahne mit der Auf-
schrift „Karlsruhe“ erhielt.

Die bolschewistische Agitation.

Demonstration in Stuttgart
Stuttgart, 4. Nov. Hier fand heute vor-
mittag eine große Demonstration der unabhän-
gigen Sozialdemokraten statt. Ein Zug von
vielen Tausenden von Arbeitern und
Arbeiterinnen, die ihre Arbeit in den
Fabriken, Werken und Eisenbahnwerkstätten nieder-
gelegt hatten, versammelten sich in Untertürkheim
und zogen mit roten Fahnen und Plakaten
mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Krieg!“ „Es
lebe die sozialdemokratische Republik!“ Auf dem
Schloßplatz hielten der Vorsitzende der Partei Sieg-

fried Ruel sowie einige andere Führer mehrere
Reden, in denen das Aktionsprogramm der Unabhän-
gigen mitgeteilt wurde. Es wurde ein Ar-
beiter- und Soldatenrat gewählt. In
den Ansprachen wurde mitgeteilt, daß die
Waffenstillstandsbedingungen bereits
in Berlin eingetroffen seien, daß die Regierung
sie aber noch nicht bekanntgegeben. Der große Zug
ging dann vor das Ministerium des Innern, wo
die Führer der Partei und der Arbeiterrat den
Minister des Innern zu sprechen wünschten.
Minister v. Köhler verweigerte zuerst die Vor-
lassung der Führer der Partei, mußte sich aber der
Gewalt der Forderung fügen. Der Arbeiterrat
legte dem Minister das bolschewistische Ak-
tionsprogramm mit der Forderung sofortiger
Entscheidung darüber vor. Der Minister hat
sich Bedenkzeit bis zum Nachmittag aus. Die De-
monstranten beschloßen, nachmittags 3 Uhr wieder
vor das Ministerium des Innern zu ziehen, um
die Antwort des Ministers zu hören. Inzwischen
sind auch die Arbeiter der Firma Robert Bosch in
den Ausstand getreten und werden sich der Demon-
stration am Nachmittag anschließen.

Bedauerliche Vorgänge in Kiel

Kiel, 5. Nov. Ueber bedauerliche Vorgänge,
die sich am Sonntag in Kiel ereigneten, erstattet
die „Kieler Zeitung“ heute einen Bericht, dem zu
entnehmen ist, daß gestern nachmittag auf dem
großen Exerzierplatz eine Versammlung abgehalten
wurde, an der zahlreiche Marinemannschaften und
Arbeiter beteiligt waren. Ein Führer der Un-
abhängigen hielt eine Ansprache. Nach Be-
endigung der Versammlung bildete sich ein Zug,
der auf dem Wege zur Stadt die Leute aus der
Kaserne an der „Baldewiese“ aufnahm, darauf das
Innere der Kaserne erheblich beschädigte und aus-
führte eine Anzahl Waffen mitnahm. In der Stadt
schlossen sich dem Zuge viele Personen an, unter
ihnen zahlreiche Matrosen. Die Menge beschlich-
tete, nach der Militärarrestanten-Anstalt zu
ziehen, um dort untergebrachte Gefangene zu be-
freien, wurde jedoch an der Karl- und Brunns-
widerstraße durch Militär aufgehalten. Der be-
fehlende Offizier forderte die Menge zum Aus-
einandergehen auf. Allein die Masse drängte vor-
wärts und wich auch nicht zurück, als einige blinde
Schüsse abgegeben wurden. Jetzt erfolgte der Be-
fehl zum scharfen Schießen, dem bedauerlicherweise
eine Anzahl Menschen zum Opfer fielen. Es gab
acht Tote und 29 Verwundete. Dem Vernehmen
nach sollen auch aus der Menge, während sie
flüchtete, Schüsse gefallen sein.

Kiel, 5. Nov. Das „Hamb. Fremdenbl.“
meldet aus Kiel: Zur Vervollständigung des
Ausschusses sind die Reichstagsabgeordneten
Baase und Ledebour telegraphisch nach Kiel
berufen worden. Auf dem Liniensteamer „Kaiser“
verteidigten die Offiziere mit der Waffe
in der Hand die deutsche Kriegsflagge,
wurden aber durch die Mannschaften bezwungen,
die dann die Kriegsflagge herunterholten und die
rote Flagge hissten. Von den Offizieren sind
zwei tot, darunter der Kommandant, und meh-
rere verwundet. Von vier Infanteriekompanien,
die heute nacht in Kiel ankamen, haben sich sofort
drei der Bewegung angeschlossen, die vierte
wurde entwaffnet. In den Nachtstunden kam
auch von Wandsbeck militärische Hilfe; sie wurde
eine Stunde vor Kiel von den Marinemannschaften
dient, mit Bomben angegriffen haben oder es wird
mit Maschinenengewehren empfangen und zur
Rückkehr gezwungen. Der Soldaten-
rat hat beschloßen, daß alle Offiziere in ihren bi-
sherigen Stellungen verbleiben sollen, sich aber den
Anordnungen des Soldatenrates zu fügen haben.
Der Befehl, den Offizieren die Rotarden abzu-
nehmen, wurde vormittags auf Anregung des Ar-
beiterrates rückgängig gemacht und ausdrücklich be-
tont, man müsse unter allen Umständen den Offi-
zieren ein menschenwürdiges Los zuteil werden
lassen. Der Gouverneur, Admiral Souhon,
wurde am Montagabend nach dem Bahnhof ge-
holt und dort mehrere Stunden festgehal-
ten, weil man glaubte, daß noch mehr Truppen
von auswärts kämen. Die Nahrungsmittelkon-
trolle liegt in den Händen des Soldatenrates. An
verschiedenen Stellen der Stadt sind Maschinen-
gewehre aufgestellt. — Der Gouverneur hat die
Wünsche der Marinetruppen entgegengenommen
und erfüllt, um weiteres Untergießen zu vermei-
den. Die ganze bewaffnete Garnison unternahm
gestern nachmittag aus Anlaß der Freilassung der
Gefangenen des 2. Geschwaders einen großen Um-
zug durch die Stadt. Im Zuge wurden rote Fahnen
getragen.

Rundgebung der Unabhängigen in München

M. T. S. München, 4. Nov. Der Polizei-
bericht meldet: Am 3. November, vormittags zwi-
schen 10 und 11 Uhr, versammelte sich auf der
Theresienwiese auf Einladung der unabhängigen
sozialdemokratischen Partei Münchens eine gro-
ße Menschenmenge zum Zweck einer Frie-
densaktion. Nachdem zuerst einige Ansprachen
gehalten worden waren, regte ein Versammlungs-
teilnehmer an, drei im Straßenvollstreckungsge-
fängnis Stadelheim in Untersuchungshaft befindlichen
Insassen eine Rundgebung darzubringen. Im
Laufe der ersten Stunde des Nachmittags fand sich
auch tatsächlich eine große Menge vor dem Ge-
fängnis ein und verlangte durch eine Abordnung
die Freilassung der drei Untersuchungsgefangenen.
Sowohl seitens des auf dem Platze erschienenen
Polizeipräsidenten als auch seitens des Staats-
ministers des Innern, den die Abordnung in
seinem Amtszimmer aufgesucht hatte, wurde den
Abgeordneten eröffnet, daß die Untersuchungs-
gefangenen aufgrund eines richterlichen Haftbe-
fehls in Haft seien, und daß nur das Reichs-

gericht in Leipzig ihre Freilassung verfügen könne.
Dem Wunsche auf Freilassung konnte deshalb
unter Hinweis, daß ein Eingriff in ein gericht-
liches Verfahren nicht möglich sei, nicht entsprochen
werden. Dies wurde den Versammelten durch ihre
gewählten Sprecher eröffnet, worauf sich die
Menge in der Richtung gegen die Stadt zurück-
bewegte. Der Oberreichsanwalt in Leipzig war
von dem Wunsche der Erschienenen bereits in der
ersten Nachmittagsstunde durch den Oberstaats-
anwalt beim Oberlandesgericht in München mit
der Anfrage in Kenntnis gesetzt, ob die Haftbefehle
gegen die in Frage stehenden Personen aufgehoben
würden. Gegen Abend traf die zustimmende
Erklärung des Oberreichsanwalts ein,
worauf die drei Inhaftierten sofort auf
freien Fuß gesetzt wurden. In den Abend-
stunden zogen einige hundert Personen durch die
verschiedenen Straßen der inneren Stadt, zer-
streuten sich aber bald in verschiedene Gasthäuser.

Der Tod Tiszas

Wien, 1. Nov. Ueber die Ermordung des
Grafen Tisza berichtet die „Neue Freie Presse“:
„Ein Trupp Soldaten und Demonstranten zog
lärmend vor die Villa des Grafen Tisza. Die
Villa wurde stets von mehreren Detektivs der
Staatspolizei bewacht. Mit Rücksicht auf die er-
regte Zeit wurden acht Gendarmen zur Bewachung
beordert. Bekanntlich hat sich die Gendarmerie, die
bis zuletzt bei der Regierung ausharrte, gestern
früh dem Nationalrat angeschlossen. Als die De-
monstranten vor die Villa des Grafen Tisza kamen,
schloßen sich aus ihnen drei Soldaten und stürm-
ten in die Villa, indem sie die vor dem Hause
postierten Gendarmen entwaffneten. Graf Tisza
eilte den eindringenden Soldaten mit vorgehal-
tenem Revolver entgegen, indem er ihnen zurief:
„Was suchen Sie hier!“ Die Soldaten antwor-
ten: „Sie haben die Schuld, daß viele Millionen
Menschen umgekommen sind. Sie haben den Krieg
gemacht.“ Die Gemahlin des Grafen Tisza
wollte ihren Gatten zurückhalten, aber in diesem
Augenblick trachten drei Schüsse und Graf
Tisza sank, ohne einen Schrei zu geben,
tödlich getroffen zusammen. Gräfin
Tisza stürzte ohnmächtig neben dem Leichnam
nieder. Die Nichte des Grafen Tisza, Clarisse Al-
massy, war leicht verwundet worden. Die letzten
Worte des Grafen Tisza sollen gewesen sein: „Ich
habe gemerkt, daß mein Ende so sein wird.“

Bermischte Nachrichten.

* Radesheim, 6. Nov. Der Musketier Anton
Dries, Sohn des Maurers Thomas Dries, er-
hielt das Eisene Kreuz 2. Klasse.

* Radesheim, 6. Nov. Der aus Winger-
kreisen gestellte und vom Kreisaußschuß unterstüzte
Antrag auf Zuweisung einer weiteren Zuckermenge
zur Hauszubereitung ist mangels verfügbarer
Vorräte abgelehnt worden.

* Radesheim, 6. Nov. Die gegenwärtige
militärische Lage hat einzelne Familien in den west-
lichen Großstädten veranlaßt, in der Absicht, Hab
und Gut in Sicherheit zu bringen, ihre Wohnungen
aufzugeben, aus Angst vor einer feindlichen Invasion.
Dieses von Mangel an Mut und Vertrauen zeugende
Verfahren ist sehr bedauerlich. Die militärischen
Kreise sind der festen Ueberzeugung, daß es den
feindlichen Armeen nicht gelingen wird, auf deutschen
Boden vorzustoßen. Somit liegt zum Verlassen der
Wohnungen kein Anlaß vor. Auch besteht, wie wir
hören, bei den amtlichen Stellen die Absicht, ange-
sichts der gegenwärtigen Wohnungsnot solche vor-
eilig verlassenen Wohnungen in Benutzung zu nehmen
und denen zur Verfügung zu stellen, die ohne aus-
reichende Unterkunft sind.

* Radesheim, 6. Nov. (Außerordentliche des
Papiergeldes?) Die fortgesetzte Zurückhaltung des
Papiergeldes macht behördliche Gegenmaßnahmen er-
forderlich. Das stello. Generalkommando des VI.
Armee Korps (Breslau) weist in einer Bekanntmachung
darauf hin, daß im Frieden 1 Milliarde Papiergeld
vollständig zur Deckung unserer Bedürfnisse ausreichte;
heute sind 16 Milliarden in Umlauf, trotzdem ver-
schwindet das Geld unter den Händen der Hamster.
Es wird eine sofortige Außerordentliche des bisherigen
Papiergeldes oder eines Teiles desselben angedroht.
Eine anderweitige Papiergeldentschädigung hätten die
Hamsterer alsdann nicht zu erwarten. Außerdem ist
dieses Papiergeldhamstern unsinnig, denn für die
Sicherheit des Geldes haftet das Reich mit seinen
gesamten Einnahmen. Räte der Feinde ins Land,
dann würde er das Papiergeld zu finden wissen, wo
es auch versteckt sei.

* Radesheim, 6. Nov. (Die Schnellzugpreise).
Wolff meldet: Die Mitteilung, daß die deutschen
Eisenbahnen den Abbau der Verteuerung der Schnell-
zugfahrpreise zum 1. April 1919 durch Herabsetzung
von 50 Prozent beabsichtigen, ist unzutreffend. An
zuständiger Stelle ist von einer solchen Absicht nichts
bekannt. Die Verteuerung der Schnellzugpreise ist
so gehalten (Lösung der höheren Klasse), daß ihre
Beseitigung jederzeit ohne weiteres möglich ist. Sie

ist denn auch in Aussicht genommen, sobald die Betriebsverhältnisse es zulassen. Leider ist die Betriebslage zurzeit schwieriger denn je. Solange den Eisenbahnen die Beförderung wichtiger Lebensmittel, wie z. B. Kartoffeln, noch Schwierigkeiten bereitet, kann an eine Aufhebung der Zuschläge nicht gedacht werden.

* **Rüdesheim, 6. Nov.** (Schwierige Lage des Eisenbahnbetriebes.) Die Betriebslage der Eisenbahnverwaltung ist infolge des Zusammenstosses verschiedener ungünstiger Umstände andauernd sehr schwierig. Es bedarf der energischsten Maßnahmen, um größere Verkehrsstockungen zu verhindern. Namentlich ist es nötig, ausreichendes Personal trotz der zahlreichen Erkrankungen an Grippe für die Anforderungen des Militär- und Lebensmittelverkehrs frei zu machen. Die in jüngster Zeit, zuletzt am 1. November vorgenommenen Zug einschränkungen reichen dazu noch nicht aus, sobald es erforderlich werden wird, noch weitere Züge vorübergehend wegzulassen zu lassen, ungeachtet der großen Unannehmlichkeiten, die dadurch für den Verkehr, namentlich auch den Berufsverkehr entstehen werden. Das Publikum wird erneut ersucht, nur unaufschiebbare Reisen zu unternehmen, zumal mit der Erreichung von Anschlusszügen nicht sicher gerechnet werden kann.

r. **Uhmanshausen, 4. Nov.** Der auch in dieser Zeitung avisierter Garnschwindler hat in den letzten Tagen in unserem Orte „gearbeitet“ und viele Hausfrauen betrogen. Unter schmeichehaften Lockworten pries er seine Waren, darunter auch „markenfreies Fliegengarn“ zum Preise von 12 bis 13 Mark per Rolle an. Bei dem großen Mangel und noch größerem Bedarf an Garn griffen viele Frauen zu, kauften Garn zu hohem Wiederpreise um dann zu sehen, daß sie einem großen Schwindel zum Opfer gefallen waren. Die Rolle wies oben nur einige Meter echtes Leinwandgarn auf, dann gab's nur — Papiergarn. Der Garnschwindler ist ein junger Mann von etwa 1,65 Mtr. Größe, hat blonden Schnurbart, trägt zurzeit einen roten braunen Anzug und gibt an: Kriegsschadigter zu sein. Nach Aussage verschiedener Frauen hat der Betrüger vor dem Kriege mit Del gehandelt und soll aus Ostsch-Schlesien stammen. Also Vorsicht, ihr Frauen!

Deßlich, 5. Nov. In der Nacht vom Freitag zum Samstag wurde in der hiesigen Dampfschiff-

Agentur eingebrochen. Die Einbrecher zerbrachen das eiserne Vorhangschloß am Tor der Güterhalle und öffneten das Schiebetor mit einer eisernen Stange. Dann unterzogen sie die vorhandenen Waren einer Untersuchung; sie schnitten 2 mit Soda gefüllte Säcke auf, ebenso 2 Körbe mit Briskets und öffneten eine Kiste mit Waschmitteln. Dann gingen sie in das Büro der Agentur, brachen dort einen Schrank auf und durchsuchten auch alle Tischschubladen anscheinend nach Geld. Sie eigneten sich den Agentur-Stempel und Risten an, Bleistifte und einige Kästchen Streichhölzer, dann stahlen sie in der Halle 2 Deckmäntel mit Südwesier und nahmen noch eine Kiste mit Weinflaschen mit. Die schwere Kiste schlepten sie bis hinter die Chemische Fabrik und öffneten sie hier, als sie aber dann merkten, daß die Flaschen leer waren, ließen sie die Kiste und Flaschen dort liegen. Wer die frechen Diebe waren ist noch nicht ermittelt. Auffällig ist auch, daß sie das in der Güterhalle lagernde Mehl unberührt ließen.

Wiesbaden, 3. Nov. Der mit der Verwaltung der Polizeidirektion beauftragte Landrat des Landkreises Wiesbaden, Kammerherr von Heimburg, wurde zum Polizeipräsidenten von Wiesbaden ernannt.

Das Volkische Telegraphenbureau verbreitet die folgende Meldung: Berlin, 3. Nov. Mit besonderer Entrüstung ist im ganzen deutschen Volk die Meldung von dem nördlichen Fliegerangriff auf Wiesbaden aufgenommen worden, die vor einigen Tagen durch die Presse ging. Dieses Vorgehen der berühmten englischen unabhängigen Luftstreitkräfte, die wohl auch diesen Angriff ausgeführt haben dürften, verdient wirklich ganz besonders scharfgehalten zu werden. Es ist geeignet, auch den Kreisen unseres Volkes die Augen zu öffnen, die bisher den blauen Dunst der englischen Humanitätsbeugelei noch nicht zu durchblicken und den wahren Charakter unseres erbitterten Feindes noch nicht zu erkennen vermocht haben. Die Füge, daß die Angreifer in Wiesbaden ein militärisches Ziel gesucht hätten, wird wohl selbst England nicht aufzuklären wagen. Die sonst von ihm so beliebte Erdichtung einer großen Munitionsfabrik, durch die so manchem Bombenwurf auf harmlose Frauen und Kinder das Mäntelchen der militärischen Berechtigung umgehungen wurde, wäre für diese Krankenstadt auch zu plump. So wird hier also England entweder zugeben müssen, daß seine Geschwader bewußt in zweimaligem An-

griff eine deutsche Stadt, die Tausenden von Verwundeten und Kranken als Stätte der Heilung seine Fliegergeschwader durch das Eingeständnis bloßstellen müssen, sie hätten derart die Orientierung verloren, daß sie überhaupt nicht wußten, wo sie sich befanden. Dann haben sie in vollkommener Mißachtung aller Regeln des Völkerrechtes wohl, los ihre Bomben auf eine unbekannte Stadt geschleudert. Immer aber wird für Deutschland dieses ruchlose Vorgehen der englischen Luftstreitkräfte ein unwiderleglicher Beweis sein, auf welcher Seite in Wahrheit die Schänder des Völkerrechts in diesem Kriege zu suchen sind.

— **Frankfurt, 5. Nov.** Für den Reiseverkehr nach Holland treten ab 15. November infolge Lebensmittelmangels in Holland veränderte Bestimmungen in Kraft, wonach die Genehmigung der Einreise in jedem einzelnen Fall durch den Minister des Auswärtigen im Haag gegeben werden muß. Anträge auf holländische Sichtvermerke sind daher sehr zeitig, am zweckmäßigsten zugleich mit dem an die deutschen Behörden zu richtenden Antrag auf den deutschen Sichtvermerk, an die holländischen Konsulatsbehörden zu richten. Nähere Auskunft erteilt das niederländische Generalkonsulat in Frankfurt a. M. Elberstraße 60.

— **Nieder-Ingelheim, 4. Nov.** Große Einquartierungen haben in diesen Tagen die beiden Gemeinden Ober- und Nieder-Ingelheim bekommen. Unsere tapferen Feldgrauen, die jahrelang an der Front gestanden haben, wurden überall freundlich aufgenommen haben sie doch unsere Heimat geschätzt. Zu Bedauern, daß der Feind noch in unsere Gegend kommen könnte, liegt kein Grund vor.

— **Saarbrücken, 5. Nov.** (Antlich.) Gestern abend gegen 6¼ Uhr geriet ein Wagen des Personenzuges 511 auf der Fahrt von Rülkingen nach Bux in Brand. Der Zug wurde bei Kilometer 14,3 durch Ziehen der Notbremse zum Stehen gebracht, doch war ein Löschten des Brandes nicht möglich, so daß der ganze Oberwagenkasten ausbrannte. Dabei verunglückten 14 Reisende tödlich, 13 Personen wurden verletzt. Vermutlich ist Benzin oder ein anderer feuergefährlicher Stoff in dem Wagen heimlich mitgeführt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Meier.

Beamten- und Bürgerkonsum

Feldstraße 4

Von heute nachmittag 1 Uhr und morgen früh 8 Uhr ab wird am Bahnhof

1 Waggon la. Weisskraut

solange Vorrat reicht ausgeladen. Preis wird an der Bahn bekannt gegeben.

Die Filialleitung.



Küchenstreifen - Schrankpapier
Garten- und Butterbrotpapier

empfehlen

A. Meier, Kirchstraße, Rüdesheim

Hunde an die Front!

Bei den ungeheuren Kämpfen an der Westfront haben die Hunde durch ständiges Trommelfeu die Meldungen, aus vorderster Linie in die rückwärtige Stellung gebracht. Hunderten unserer Soldaten ist durch Abnahme des Meldeganges durch die Meldehunde das Leben erhalten worden. Militärisch wichtige Meldungen sind durch die Hunde rechtzeitig an die richtige Stelle gelangt. Obwohl der Nutzen der Meldehunde im ganzen Lande bekannt ist, gibt es noch immer Besitzer von kriegsbrauchbaren Hunden, welche sich nicht entschließen können ihr Tier der Armee und dem Vaterlande zu leihen!

Es eilen sich der deutsche Schäferhund, Dobermann, Airedale-Terrier und Rottweiler, auch Kreuzungen aus diesen Rassen, die schnell, gesund, mindestens 1 Jahr alt und von über 50 cm Schulterhöhe sind. Die Hunde werden von Fachdressuren in Hundeschulen ausgebildet und im Erlebensfalle nach dem Kriege an ihre Besitzer zurückgegeben. Sie erhalten die denkbar sorgsamste Pflege. Sie müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

An alle Besitzer der vorgenannten Hunderassen ergeht daher nochmals die dringende Bitte: Stellt Eure Hunde in den Dienst des Vaterlandes!

Die Anmeldungen für die Kriegs-Hunde-Schule und Meldehundschulen sind zu richten: an die Inspektion der Nachrichtentruppen, Berlin W, Kurfürstendamm 152, Abt. Meldehunde.

Bekanntmachung.

An der Königlichen Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau zu Geisenheim a. Rh. findet in der Zeit vom 11. bis 16. November 1918 ein **Kriegslehrgang über Obstbau für Gartenbesitzer** statt.

Männer und Frauen können daran unentgeltlich teilnehmen. Anmeldungen sind unter Angabe des Vornamens, Standes, Wohnortes sowie der Staatsangehörigkeit baldmöglichst an die Direktion der Kgl. Lehranstalt zu Geisenheim a. Rhein einzureichen.

4-5

Zimmer-Wohnung

zum 1. 1. 19 gesucht.
Mitteilg. an Dr. Ad.
Berlin-Wilmersdorf,
Augustastr. 48.

Ein älterer Mann sucht

bürgerl. Tageskost

ohne Wohnung. Näheres
in der Exped. ds. Bl.

A. Meier's Buchdruckerei

Anfertigung

sämtlicher

sämtlicher

für

Geschäfte und Private.

Rüdesheim am Rhein

Kirchstraße.

Federweißer nimmt von Freitag Abend
in Japp ver Schoppen 2.50
Johann Blatterbach,
Kellerstraße 20.